

Verwaltungsbericht der Finanzdirektion des Kantons Bern

Autor(en): **Volmar / Guggisberg, P. / Moser, C.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1926)**

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-417057>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht

der

Finanzdirektion des Kantons Bern

für

das Jahr 1926.

Direktor: { bis 30. September 1926: Regierungsrat Dr. **Volmar**.
 { ab 1. Oktober 1926: Regierungsrat Dr. **P. Guggisberg**.
Stellvertreter: Regierungsrat Dr. **C. Moser**.

A. Allgemeines.

Auch im Berichtsjahre hat der Staat weiter die Nachwirkungen der Arbeitskrise zu spüren bekommen, indem einerseits die Passivzinse für die zu deren Bekämpfung dem Staate erwachsenen Kosten bezahlt und andererseits noch insgesamt Fr. 695,879.60 für frühere Verpflichtungen neu aufgewendet werden mussten. Von letzern Betrage wurde eine Summe von Fr. 100,000 durch die laufende Verwaltung bestritten, während der Rest neuerdings der Vorschussrechnung zugeschrieben worden ist. Über die Amortisation der Vorschüsse wird der Bericht über die Staatsrechnung Auskunft geben, auf welchen, um Wiederholungen zu vermeiden, verwiesen wird.

I. Sanierung des Finanzhaushaltes.

Die Arbeiten der vom Grossen Rate bestellten Sparkommission sind noch nicht endgültig abgeschlossen worden. Der Schlussbericht derselben soll im nächsten Jahre den zuständigen Behörden vorgelegt werden. Die Finanzdirektion widmet im übrigen dieser Frage weiter ungeteilte Aufmerksamkeit.

Erwähnt kann schon heute werden, dass sich die allgemeine Lage noch nicht gebessert hat. Es sind im Gegenteil Anzeichen für eine Verschlechterung vorhanden. In dieser Beziehung muss in erster Linie auf den Entscheid des Verwaltungsgerichtes betreffend die Steuerfreiheit der industriellen Betriebe verwiesen werden, durch welchen der Staat verpflichtet wird, die in der Rechnung als Aktivposten eingestellten Beträge über die Steuerreserve abzuschreiben und womit ausserdem eine jährliche Steuereinbusse von annähernd Fr. 500,000 entsteht. Daneben darf weiter auf die schlechte Finanzlage der bernischen Dekretsbahnen sowie der B. L. S. hingewiesen werden, welche eine angemessene Verzinsung der dort investierten Staatskapitalien noch lange nicht erwarten lässt, trotzdem speziell bei der B. L. S. nach wie vor alle Anstrengungen zur Hebung des Verkehrs gemacht werden.

Es zeigt sich heute mit aller Deutlichkeit, dass eine dauernde Sanierung nur möglich sein wird, wenn ausser den Sparmassnahmen auch nach vermehrten Einnahmen Umschau gehalten wird. Wir verweisen in dieser Beziehung auf den im Jahre 1927 erscheinenden Spezialbericht des Regierungsrates.

Hier sei noch darauf hingewiesen, dass das Gesetz über den Salzpreis im Jahre 1929 revidiert werden muss. Angesichts der Krisis der Landwirtschaft wird man zweifellos von einer Erhöhung des Salzpreises absehen müssen. Dagegen sollte es doch möglich sein, den jetzigen Salzpreis beizubehalten, da eine Ermässigung von 5 Rappen per kg einen Einnahmehausfall von $\frac{1}{2}$ Million Franken bringen müsste.

II. Beschaffung der erforderlichen Geldmittel.

Wie aus dem nachfolgenden Bericht der Kantonsbuchhalterei ersichtlich ist, hatte die schwebende Schuld des Staates bei der Kantonalbank im Berichtsjahre zugenommen und betrug auf Ende des Jahres Franken 15,111,368. 56. Die Konsolidierung dieser Verhältnisse machte die Aufnahme eines weiteren Anleihens notwendig. Die Berichterstattung über dieses fällt aber erst in das nächste Rechnungsjahr.

III. Steuerwesen.

Am 31. Januar 1926 hat das Bernervolk eine Steuergesetznovelle angenommen, mit welcher einerseits die grössten Härten des geltenden Gesetzes ausgemerzt und andererseits die Verzinslichkeit der Steuerausstände eingeführt wurde.

Die Finanzdirektion hat im weitem einen Entwurf zur Abänderung des Einkommensteuerdekretes ausgearbeitet, welcher gegenwärtig von einer Kommission des Grossen Rates beraten wird.

Neben diesen Erlassen ist weiter an der Ausarbeitung des Entwurfes für ein neues Steuergesetz gearbeitet worden. Wir hoffen, denselben im Laufe des Winters 1927/28 vorlegen zu können.

IV. Gesetze.

Ausser den obgenannten Erlassen im Steuerwesen sind von der Finanzdirektion keine gesetzlichen Erlasse ausgegangen.

V. Mitarbeit an den von andern Direktionen des Regierungsrates aufgestellten Gesetzen, Dekreten und Verordnungen.

Arbeiten, welche die Finanzdirektion stark belasteten, kamen nicht vor. Dagegen dürfte in diesem Zusammenhang auf die Mitwirkung der Direktion bei den Arbeiten zur Sanierung und Elektrifikation der B. N. hingewiesen werden.

B. Verwaltung.

I. Direktionsbureau.

Der Personalbestand hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht verändert.

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1926 folgende Zahlen auf:

Steuerwesen 7794 gegen 7865 Geschäftsnummern. Bei diesen Geschäften handelt es sich in der Hauptsache um Steuernachlassgesuche.

Domänengeschäfte, Salzhandel und Mitberichte 2241 gegen 2257 im Vorjahr. In amtlichen Inventarisierungen wurden 1057 Entscheide gefällt, wobei in 47 Fällen die Inventaraufnahme angeordnet werden musste,

während in den verbleibenden 1010 Fällen der Verzicht verfügt werden konnte.

Die Anzahl der Geschäfte beträgt insgesamt 11,092 gegen 11,257 im Vorjahre. Die Geschäftslast ist sich somit annähernd gleich geblieben, da der Grossteil der Arbeiten des Direktionsbureaus sich auf die Mitberichte und Domänengeschäfte bezieht, bei welcher Kategorie eine nur ganz unwesentliche Abnahme eingetreten ist.

An Bezugs- und Zahlungsanweisungen wurden auf der Direktion kontrolliert und vom Finanzdirektor unterschrieben 10,252 gegen 10,226 im Vorjahre.

II. Kantonsbuchhalterei.

Personal.

Für eine neue Amtsdauer wurden bestätigt: Kantonsbuchhalter *E. Jung*; ferner die Amtsschaffner *Max Hofer* in Biel, *Emil Wenger* in Erlach, *E. Hofner* in Saignelégier, *G. Dreier* in Fraubrunnen, *Joh. Bill* in Schwarzenburg, *Paul Derendinger* in Blankenburg, *Fr. Spycher* in Thun und Salzfaktor *Hans Schären* in Bern.

Zurückgetreten sind *A. Brönnimann*, Revisor der Kantonsbuchhalterei, und die Amtsschaffner *A. Steudler* in Meiringen, *E. Salzmann* in Belp und *K. Moser* in Aarberg. Zum Revisor der Kantonsbuchhalterei rückte *F. Schneeberger*, bisher Revisionsgehilfe, vor. Die Amtsschaffnereien Aarberg und Oberhasli wurden mit den dortigen Amtsschreibereien verbunden und übertragen, erstere an Amtsschreiber *G. Adam*, letztere an Amtsschreiber *A. Graber*. Als Amtsschaffner von Sef-tigen ist *A. Schwarz*, früher Gerichtsschreiber und Be-treibungsbeamter in Wimmis, gewählt worden.

Visa und Rechnungsprüfung.

Die Kantonsbuchhalterei kontrollierte und visitierte 70,296 Kollektiv- und Einzelanweisungen, wovon 53,482 die laufende Verwaltung, 16,814 die übrigen Verwaltungszweige berühren. Die Bezugsanweisungen ergeben eine Gesamtsumme von Fr. 422,480,570. 75, die Zahlungsanweisungen einen Totalbetrag von Fr. 439,372,601. 29. Von den Bezugsanweisungen waren Fr. 58,038,618. 87, von den Zahlungsanweisungen Fr. 74,930,649. 41 auf die Amtsschaffnereien ausgestellt. Je Fr. 364,441,951. 88 der Bezugs- wie der Zahlungsanweisungen betrafen gegenseitige Buchungen und Abrechnungen ohne Geldverkehr.

Das Visa, durch das die Kontrolle und die Rechnungsprüfung gegenüber den Zentralverwaltungen ausgeübt wird, wickelte sich ohne besondere Schwierigkeiten ab. Die Rechnungsführung und die Prüfung der Rechnungen der Staatsanstalten gibt zu nennenswerten Bemerkungen nicht Anlass.

Allgemeine Kassen.

Die Liquidation der auf die Amtsschaffnereien lautenden Anweisungen ist folgende:

Bezugsanweisungen (Aktivausstände).

Ausstände am Anfang des Jahres	Fr. 35,660,487. 14
Neue Bezugsanweisungen in 1926	» 58,038,618. 87
Einnahmen für Rechnung von 1927	» 471,769. 20
Zusammen	Fr. 94,170,875. 21
Durch Einnahmen in 1925 liquidiert	Fr. 379,100. 55
Durch Einnahmen in 1926 liquidiert	» 74,487,826. 14
Ausstände am Ende des Jahres	» 19,303,948. 52
Zusammen, wie oben	Fr. 94,170,875. 21

Zahlungsanweisungen (Passivausstände).

Ausstände am Anfang des Jahres	Fr. 723,201. 41
Neue Zahlungsanweisungen in 1926	» 74,930,649. 41
Ausgaben für Rechnung von 1927	» 456,904. 92
Zusammen	Fr. 76,110,755. 74
Liquidiert durch Zahlungen in 1925	Fr. 196,039. 92
Liquidiert durch Zahlungen in 1926	» 75,319,479. 98
Ausstände am Ende des Jahres	» 595,235. 84
Zusammen, wie oben	Fr. 76,110,755. 74

Der Umsatz der Amtsschaffnereien, speziell derjenige der Amtsschaffnerei Bern, ist gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Es hat dies seinen Grund darin, dass genannte Amtsschaffnerei vom Bezuge der Staatssteuern in der Gemeinde Bern für das Jahr 1926 gänzlich entlastet worden ist. Die Liquidation der Staatssteuern in dieser Gemeinde geschieht auch für das Jahr 1926 durch die städtische Finanzdirektion. Die Erfahrungen, die mit der Übertragung des Bezuges der Staatssteuerausstände an die Gemeinde Bern gemacht wurden, sind noch nicht abschliessend. Die Steuerausstände auf Ende 1926 betragen bei den Amtsschaffnereien Franken 15,029,724. 48, bei der Gemeinde Bern Fr. 8,618,306. 45, zusammen Fr. 23,648,030. 93, d. h. Fr. 3,129,466. 34 weniger, als sie am Ende des Vorjahres ausmachten. Bis 31. Mai 1927 waren die Steuerausstände auf Franken 15,699,973. 11 zurückgegangen.

Von der Kantonalbank und ihren Zweiganstalten sind Zahlungsanweisungen im Gesamtbetrage von Fr. 17,987,013. 92 eingelöst worden. Die durch die Post ausgeführten Zahlungen betragen Fr. 30,944,407. 94.

Bei allen Amtsschaffnereien hat eine Revision an Ort und Stelle stattgefunden.

Betriebskapital der Staatskasse.

Der Verkehr gestaltete sich folgendermassen:

Vermehrungen.

(Neue Guthaben und Abzahlungen von Schulden.)

<i>Spezialverwaltungen</i> , Kontokorrente	Fr. 208,319,120. 47
<i>Geldanlagen</i> :	
Wertschriften, Ankauf, Schätzungserhöhungen und Kursgewinne	» 3,427,207. —
<i>Laufende Verwaltung</i> , Kontokorrent, neuer Vorschuss	» 1,608,866. 65
<i>Öffentliche Unternehmen</i> , Kontokorrente	» 5,277,371. 21
<i>Depots</i> (Hinterlagen) <i>bei der Staatskasse</i> , Kontokorrente	» 26,718,456. 16
<i>Anleihen</i> , Rückzahlung und Übertragung	» 823,608. 05
Übertrag	Fr. 246,174,629. 54

Übertrag	Fr. 246,174,629. 54
Kasse und Gegenrechnung, Einnahmen	» 438,929,778. 02
Aktivausstände, neue Forderungen	» 422,480,570. 75
Passivausstände, Ausgaben . . .	» 439,761,431. 86
Summe der Vermehrungen	Fr. 1,547,346,410. 17

Verminderungen.

(Eingang von Guthaben und neue Schulden.)

Spezialverwaltungen Kontokorrente	Fr. 210,611,373. 16
Geldanlagen:	
Wertschriften, Rückzahlungen und Abschreibungen	» 496,555. 35
Laufende Verwaltung, Kontokorrent, Abschreibung	» 737,217. 76
Öffentliche Unternehmen, Kontokorrente	» 7,133,160. 16
Depots (Hinterlagen) bei der Staatskasse, Kontokorrente . .	» 26,733,303. 22
Kasse und Gegenrechnung, Ausgaben	» 439,761,431. 86
Aktivausstände, Eingänge	» 438,929,778. 02
Passivausstände, neue Schulden	» 439,372,601. 29
Summe der Verminderungen	Fr. 1,563,775,420. 82

Reine Verminderung	Fr. 16,429,010. 65
Überschuss der Passiven am 1. Januar	» 4,807,221. 22
Überschuss der Passiven am 31. Dezember	Fr. 21,236,231. 87

der sich wie folgt zusammensetzt:

Aktiven.*Vorschüsse:*

Eisenbahnsubventionen, Hilfeleistungen	Fr. 2,680,306. 94
Berner Alpenbahn-Gesellschaft, Zinsengarantie	» 7,238,208. 46
Elektrifikation der bernischen Dekretsbahnen	» 3,697,623. 55
Einwohnergemeinde Bern, Darlehen	» 4,380,000. —
Darlehen für Wohnungsbauten	» 6,895,994. 75
Strassenverbesserungen	» 1,206,719. 11
Spezialverwaltungen, Kontokorrente	» 15,176,377. 83
Steuerausstände in der Gemeinde Bern	» 8,618,306. 45
Öffentliche Unternehmen, Kontokorrente	» 1,300,228. 06
Geldanlagen:	
Wertschriften	» 64,438,498. 85
Laufende Verwaltung, Kontokorrent	» 21,244,376. 14
Kassen, Aktivsaldi	» 981,032. 29
Aktivausstände	» 19,303,948. 52
Zahlungen für Rechnung von 1927	» 456,904. 92
Summe der Aktiven	Fr. 157,618,525. 87

Passiven.

Spezialverwaltungen, Kontokorrente	Fr. 12,850,712. 65
Bund, Darlehensanteil Einwohnergemeinde Bern	» 1,850,000. —
Wohnungsbauten:	
Darlehensanteile des Bundes	» 3,256,761. 25
Darlehensanteile der Gemeinden	» 1,945,812. —
Kantonalbank, Kontokorrent . .	» 15,111,368. 56
Hypothekarkasse, Kontokorrent .	» 6,718,379. 75
Eidgenössische Kriegssteuer, II. Periode, Ausstand	» 5,402,069. 16
Reserve für zu eliminierende Steuern	» 3,692,069. 92
Öffentliche Unternehmen, Kontokorrente	» 2,443,902. 74
Verschiedene Depots (Hinterlagen)	» 1,156,086. 32
Anleihen	» 110,836,324. 75
Vorübergehende Geldaufnahmen (Kassascheine)	» 12,155,000. —
Kassen, Passivsaldi	» 369,265. 60
Einnahmen für 1927	» 471,769. 20
Passivausstände	» 595,235. 84
Summe der Passiven	Fr. 178,854,757. 74
Überschuss der Passiven, wie oben	Fr. 21,236,231. 87

Die Aktiven haben sich um Fr. 22,429,670. 63, die Passiven um Fr. 6,000,659. 98 vermindert. Die Verminderung der Aktiven ist zu einem grossen Teil auf die Abschreibungen von Vorschüssen zurückzuführen, deren im Bericht zur Staatsrechnung des nähern gedacht ist. Eine Verminderung von Fr. 16,356,538. 62 erfuhren die Aktivausstände, indem die Steuerausstände in der Gemeinde Bern daraus ausgeschieden und auf einen besondern Konto übertragen wurden, die Steuerausstände im allgemeinen zurückgegangen sind, sowie die zweite Rate der Kriegssteuer fällig wurde und grösstenteils einging. Vermehrt haben sich die Vorschüsse für Eisenbahnsubventionen um Fr. 209,599. 60, an die Berner Alpenbahn-Gesellschaft betreffend die Zinsengarantie Fr. 2,317,787. 50, die Darlehen für Wohnungsbauten Fr. 414,447, der Vorschuss für Strassenverbesserungen auf Rechnung der Autosteuer Fr. 155,881. 08 und der Vorschuss an die laufende Verwaltung um den Ausgabenüberschuss in 1926 von Fr. 1,608,866. 65 weniger den Anteil an der eidgenössischen Kriegssteuer von Fr. 737,217. 76. Die Wertschriften sind um Franken 2,930,651. 65 höher eingestellt in teilweiser Anpassung an die Kurse auf 31. Dezember 1926. Von den Passiven verminderte sich namentlich der Ertragskonto der eidgenössischen Kriegssteuer infolge Ablieferung des Bundesanteiles aus der II. Rate der Verrechnung des Kantonsanteiles und von Eliminationen, zusammen um Franken 7,482,421. 03. Das Depot der Bernischen Kraftwerke A.-G. von Fr. 6,000,000 ist zurückbezahlt worden. Hierzu wurde die Kantonalbank in Anspruch genommen. Der letztern schuldet die Staatskasse auf Ende des Jahres Fr. 7,320,268. 13 mehr als am 1. Januar, ebenso ist das Depot der Hypothekarkasse gestiegen um Franken 1,950,235. 75. Die Anleiheverschuldung des Betriebsvermögens hat durch Rückzahlung um Fr. 138,000 und durch Übertragung zur Anleiheverschuldung des Stammvermögens um Fr. 685,608. 05 abgenommen.

Strafvollzug.

Die Liquidation des von den Amtsschaffnerereien besorgten Teiles des Strafvollzuges ist folgende:

a. Bussen.

Unvollzogene Bussen am 1. Oktober 1925	Fr. 112,999. 20
Vom 1. Oktober 1925 bis 30. September 1926 gesprochene Bussen	» 364,922. 97
Zusammen	<u>Fr. 477,922. 07</u>
Eingegangene Bussen.	Fr. 312,915. 22
Umgewandelte und verjährte Bussen.	» 46,740. 55
Ausstehende Bussen am 30. September 1926	» 118,266. 30
Zusammen, wie oben	<u>Fr. 477,922. 07</u>

b. Kostenrückerstattungen und Gebühren.

Ausstände am 1. Oktober 1925	Fr. 215,362. 03
Neue Forderungen gemäss Urteilen vom 1. Oktober 1925 bis 30. September 1926	» 573,673. 35
Zusammen	<u>Fr. 789,035. 38</u>
Eingegangene Kosten und Gebühren.	Fr. 284,720. 76
Unerhältlich gewordene Forderungen.	» 292,653. 15
Ausstände am 30. September 1926.	» 211,661. 47
Zusammen, wie oben	<u>Fr. 789,035. 38</u>

Das Verhältnis der Eingänge zu den unerhältlichen Forderungen ist bei den Bussen annähernd unverändert geblieben, bei den Kostenrückerstattungen und Gebühren etwas schlechter geworden.

Staatsrechnung.

Aus der Staatsrechnung werden nachstehende Ergebnisse hier angeführt, im übrigen auf sie selbst und den zugehörigen Bericht verwiesen.

Laufende Verwaltung.

Es beziffern sich:

die <i>Ausgaben</i> auf	Fr. 150,203,001. 76
die <i>Einnahmen</i> auf.	» 148,594,135. 11
<i>Überschuss der Ausgaben</i>	<u>Fr. 1,608,866. 65</u>
oder wenn nur die Nettosummen der einzelnen Verwaltungszweige berücksichtigt werden:	
die <i>Ausgaben</i> auf	Fr. 59,932,700. 09
die <i>Einnahmen</i> auf.	» 58,323,833. 44
<i>Überschuss der Ausgaben</i>	<u>Fr. 1,608,866. 65</u>
Der Voranschlag hatte vorgesehen:	
<i>Ausgaben</i>	Fr. 59,157,865. —
<i>Einnahmen</i>	» 55,925,260. —
<i>Überschuss der Ausgaben</i>	<u>Fr. 3,232,605. —</u>

Demgegenüber weist die Rechnung auf:

<i>Mehreinnahmen</i>	Fr. 2,398,573. 44
<i>Mehrausgaben</i>	» 774,835. 09
und ein um	<u>Fr. 1,623,738. 35</u>

günstigeres Ergebnis.

Verglichen zum Vorjahr sind gestiegen:

die <i>Einnahmen</i> um.	Fr. 1,276,033. 33
die <i>Ausgaben</i> um	» 1,048,191. 48

Die Rechnung von 1926 schliesst mithin um	<u>Fr. 227,841. 85</u>
---	------------------------

besser ab als diejenige von 1925.

Im Gegensatz zum Vorjahr, wo der Steuerertrag hinter dem Voranschlag zurückgeblieben ist, verzeigt die Rechnung für 1926 einen um Fr. 468,383. 03 höhern Steuerertrag, als er berechnet war, und gegenüber dem Jahre 1925 eine Steigerung von Fr. 484,403. 44, wobei zu beachten ist, dass die Abschreibungen in 1926 grösser sind als in 1925. Zum bessern Ergebnis der Rechnung haben ferner beigetragen folgende Mehreinnahmen: Stempelsteuer Fr. 589,850. 10, Anteil am Ertrage des Alkoholmonopols Fr. 337,759, Erbschafts- und Schenkungssteuer Fr. 334,463. 80, Staatswaldungen Franken 225,276. 57, Hypothekarkasse Fr. 96,481. 39, Salzhandlung Fr. 69,081. 95, Gebühren Fr. 72,030. 56, Staatskasse Fr. 53,879. 52. Mehr als berechnet war, haben hinwieder u. a. beansprucht: Armenwesen Fr. 626,359. 12, Bau- und Eisenbahnwesen Franken 215,529. 60, Finanzwesen Fr. 156,071. 07, Gerichtsverwaltung Fr. 39,709. 51, allgemeine Verwaltung Fr. 32,629. 30. Unter dem Voranschlag sind geblieben: Polizei Fr. 191,821. 09, Militär Fr. 87,109. 70, Gesundheitswesen Fr. 59,711. 56, Kirchenwesen Fr. 37,959. 20 und Forstwesen Fr. 11,956. 24.

A. Reines Vermögen.

Das reine Staatsvermögen ist in seinem Nettobestand *unverändert* geblieben und beträgt Franken 56,505,466. 17. Vermehrungen und Verminderungen sind gleich hoch, nämlich:

Vermehrungen.

Mehrerlös verkaufter Waldungen	Fr. 21,425. —
Minderkosten angekaufter Waldungen	» 19,675. —
Schatzungserhöhungen von Waldungen	» 39,190. —
Mehrerlös verkaufter Domänen	» 26,780. 50
Schatzungserhöhungen von Domänen	» 17,047,360. —
Rückzahlungen von Anleihen.	» 1,835,000. —
Schätzungsberichtigungen von Wertschriften.	» 3,122,687. 75
Abschreibung am Rechnungssaldo der laufenden Verwaltung	» 737,217. 76
Vermehrung des Verwaltungsinventars	» 213,885. 45
Summe der Vermehrungen.	<u>Fr. 23,063,221. 46</u>

Verminderungen.	
Ausgabenüberschuss der laufenden Verwaltung	Fr. 1,608,866. 65
Mehrkosten angekaufter Domänen	» 10,083. 41
Ankauf von Rechten	» 1,003. —
Abtretung von Pfrunddomänen	» 56,570. —
Einlage in den Eisenbahnamortisationsfonds	» 1,200,000. —
Abschreibung von Vorschüssen	» 20,186,698. 40
Summe der Verminderungen	Fr. 23,063,221. 46

Wie im Bericht zur Staatsrechnung erwähnt ist, beschloss der Regierungsrat am 31. Mai 1927 die Domänen zum Grundsteuerschätzungswert und die Wertschriften der Staatskasse zu den Kursen auf Ende 1926 in die Rechnung einzustellen und die dadurch entstehenden Mehrwerte zuzüglich der anfänglich bestehenden Vermögensvermehrung von Fr. 1,064,010. 65 zu Abschreibungen von Vorschüssen zu verwenden. Die Mehrwerte betragen Fr. 16,000,000 für die Domänen und Fr. 3,122,687. 75 für die Wertschriften, so dass für Abschreibungen zur Verfügung standen Fr. 20,186,698. 40.

B. Vermögensbestandteile.

Das reine Staatsvermögen auf 31. Dezember 1926 setzt sich wie folgt zusammen:

Aktiven.	
<i>Waldungen</i>	Fr. 25,933,955. —
<i>Domänen</i>	» 71,314,886. —
Übertrag	Fr. 97,248,841. —

Übertrag	Fr. 97,248,841. —
<i>Domänenkasse</i>	» 148,540. 50
<i>Hypothekarkasse</i>	» 30,000,000. —
<i>Kantonalbank</i>	» 40,000,000. —
<i>Eisenbahnkapitalien:</i>	
Stammkapital	» 89,697,328. 50
Staatskasse	» 18,982,698. 60
<i>Wertschriften</i>	» 64,438,498. 85
<i>Staatskasse</i>	» 74,197,328. 42
<i>Mobilieninventar</i>	» 9,387,636. 28
Summe der Aktiven	Fr. 424,100,872. 15

Passiven.	
<i>Domänenkasse</i>	Fr. 5,337,858. 60
<i>Anleihen:</i>	
Stammkapital	» 111,604,175. 25
Staatskasse	» 122,991,324. 75
<i>Kantonalbank</i> (Eisenbahnkapitalien)	» 36,304,663. 70
<i>Eisenbahnamortisationsfonds</i>	» 14,249,574. 55
<i>Staatskasse</i>	» 55,863,432. 99
<i>Rechnungssaldo der laufenden Verwaltung</i>	» 21,244,376. 14
Summe der Passiven	Fr. 367,595,405. 98
<i>Reines Vermögen</i> , wie oben	Fr. 56,505,466. 17

Die Aktiven wie die Passiven haben um Franken 5,007,613. 33 abgenommen.

III. Kantonalbank.

Wir beschränken uns, wie üblich, auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt wird.

Ertrag an Diskonto und Kursgewinn auf den Wechselkonti, netto	Fr. 2,060,118. 42
Ertrag an Zinsen, netto	» 4,154,520. 71
Ertrag an Provisionen, Gebühren, Anlehensvermittlungen, netto	» 2,123,034. 84
Gewinn auf Wertschriften	» 622,448. 65
	Fr. 8,960,122. 62

Wovon abgehen:

Verwaltungskosten	Fr. 4,696,591. 55
Steuern	» 262,118. 68
Übertrag	Fr. 4,958,710. 23
	Fr. 8,960,122. 62

	Übertrag	Fr. 4,958,710. 23	Fr. 8,960,122. 62
Verluste auf Wechselforderungen	Fr. 53,658. 07		
Verluste auf Kontikorrenti	» 581,873. 14		
Verluste auf Darlehen und Hypothekendarlehen	» 13,841. 70		
		» 649,372. 91	
Abschreibungen auf Mobiliar		» 26,911. 10	
Abschreibungen auf Bankgebäude		» 29,938. 70	
Abschreibungen auf anderem Grundeigentum		» 55,913. 18	
Beitrag an Sturmgeschädigte im Jura		» 5,000. —	
Rückstellung für besondere Risiken		» 217,000. —	
Rückstellung für Forderungen (durch Filialen)		» 30,000. —	
			» 5,972,846. 12
			Fr. 2,987,276. 50
Hierzu kommen die Eingänge auf Abschreibungen früherer Jahre			» 45,659. 25
		Jahreserträgnis	Fr. 3,032,935. 75
welches gemäss Regierungsratsbeschluss wie folgt zu verwenden ist:			
4 % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40,000,000	Fr. 1,600,000. —		
Zuweisung an den ordentlichen Reservefonds	» 350,000. —		
ferner dem Staat abzuliefern, wodurch das Grundkapital zu 6 % verzinst wird	» 800,000. —		
Rest an Spezialreserve für Forderungen	» 282,935. 75		
			Fr. 3,032,935. 75

IV. Hypothekarkasse.

Wie in frühern Jahren geben wir hier die Hauptzahlen aus der Gewinn- und Verlustrechnung, die wir dem von der Direktion der Anstalt an den Verwaltungsrat erstatteten Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1926 entnommen haben. Für die Mitglieder des Grossen Rates, die sich um Einzelheiten interessieren, hält die Anstalt eine Anzahl der vollständigen Jahresberichte zur Verfügung.

Ertrag: Aktivzinse: Darlehen auf Hypotheken		Fr. 24,146,615. —	
Gemeindedarlehen		» 649,054. 05	
Wertschriften		» 400,562. 90	
Korrespondenten		» 746,623. 67	
Spezialfonds		» 192,585. 35	
			Fr. 26,135,440. 97
Ertrag des Bankgebäudes		» 20,172. 65	
Ertrag der Provisionen		» 150,672. —	
Kursgewinne und Kommissionen		» 6,200. —	
		Summa Rothertrag	Fr. 26,312,485. 62
Kosten: Passivzinse: Verzinsung der festen Anleihen	Fr. 5,714,558. 40		
Kassascheine und Obligationen	» 9,902,262. 40		
Spareinlagen	» 2,054,000. 96		
Spezialfonds	» 3,302,707. 05		
Korrespondenten	» 385,313. 70		
Verzinsung des Stammkapitals, 5 % von Franken 30,000,000	» 1,500,000. —		
		Übertrag	Fr. 22,858,842. 51
			Fr. 26,312,485. 62

	Übertrag	Fr. 22,858,842. 51	Fr. 26,812,485. 62
Verzinsung des Reservefonds, 5% von Fr. 4,080,000	»	204,000. —	
Provisionen und Couponsteuer	»	73,172. 91	
Amortisation auf Kursverlusten und Unkosten auf Anleihen	»	530,000. —	
Abschreibung auf Mobiliar	»	5,229. 80	
Zuweisung an den Reservefonds	»	246,000. —	
Staatssteuern	»	1,501,292. 60	
Verwaltungskosten	»	522,466. 41	
		<hr/>	» 25,941,004. 23
	Bleibt Reinertrag	Fr. 371,481. 39	
Im Voranschlag wurde einschliesslich der Verzinsung des Stammkapitals vorgesehen ein Ertrag von			Fr. 1,775,000. —
Dagegen beträgt der Reinertrag	Fr. 371,481. 39		
Die Verzinsung des Stammkapitals	» 1,500,000. —		
		<hr/>	» 1,871,481. 39
	Somit Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 96,481. 39	
Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein Minderertrag von			Fr. 23,508. 86

V. Bernische Kraftwerke.

Wir geben wie bisher die Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung wieder.

Saldovortrag vom Jahre 1925	Fr. 7,574. 25
Ertrag aus dem Licht- und Kraftbetrieb	» 8,557,705. 95
Ertrag der Installationsgeschäfte	» 169,872. 45
Ertrag aus dem Betrieb der Werkstätte	» 62,355. 80
Ertrag der Beteiligungen	» 527,248. 35
	<hr/>
	Summa Rohertrag Fr. 9,824,756. 80
Davon gehen ab:	
Obligationenzinse	Fr. 2,378,245. 30
Abschreibungen	» 2,460,023. 25
Einlage in den Tilgungsfonds	» 487,641. 30
Einlage in den Erneuerungsfonds	» 300,000. —
	<hr/>
	» 5,575,909. 85
	<hr/>
	Bleibt Reingewinn Fr. 3,748,846. 95
Dieser Reinertrag wurde wie folgt verteilt:	
Zuweisung an den Reservefonds	Fr. 375,000. —
6 % Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56,000,000.	» 3,360,000. —
Vortrag auf neue Rechnung	» 13,846. 95
	<hr/>
	Fr. 3,748,846. 95
Gegenüber dem Vorjahre erzielte dieses Unternehmen nach Vornahme der Abschreibungen und der Einlagen in den Tilgungs- und Erneuerungsfonds einen Mehrertrag von	Fr. 406,272. 70

Dieses Ergebnis darf als gut bezeichnet werden, wenn in Betracht gezogen wird, dass im Jahre 1926 neuerdings eine Wirtschaftskrisis ausbrach, die nicht ohne Einfluss auf das Stromlieferungs- und Installationsgeschäft blieb. Infolge sehr günstiger Wasserzufluss- und Energieproduktionsverhältnisse konnte der Energiebezug aus fremden

Kraftwerkanlagen eingeschränkt werden. Diese Tatsache, verbunden mit einer Vermehrung des Energieabsatzes, führte zu einer Erhöhung des Ertrages des Stromlieferungsgeschäftes von Fr. 7,936,635.30 im Vorjahre auf Fr. 8,557,705.95.

Die Abschreibungen sind in gleichem Masse wie im Vorjahre vorgenommen worden (Vermehrung rund Fr. 10,000). Ebenso ist die Einlage in den Tilgungsfonds und diejenige in den Erneuerungsfonds unverändert geblieben. Nach der Schlussbilanz pro 1926 betragen die Einlagen in den Reserve-, Tilgungs- und Erneuerungsfonds insgesamt Fr. 13,072,054.15. Gegenüber dem Jahre 1925 haben sie sich somit um Fr. 1,447,691.30 erhöht.

VI. Steuerwesen.

Bezüglich Steuergesetzrevision verweisen wir auf das unter Abschnitt A, Gesetzgebung, Gesagte. Infolge gesetzlicher Neuregelung der Personalabzüge kam der für die Jahre 1920 bis 1925 Jahr für Jahr gefasste Beschluss betreffend bedingte Erhöhung des Personalabzuges nicht mehr in Frage.

Die im letzten Bericht erwähnten weitem statistischen Arbeiten als Grundlage zu einem neuen Steuergesetz auf veränderten Grundlagen wurden im Berichtsjahre weiter geführt und waren auf Jahresende vorläufig abgeschlossen.

Betreffend Steuerreurse verweisen wir wiederum auf den Bericht der Rekurskommission.

A. Vermögenssteuer.

1. Grundsteuer.

	Ertrag pro 1926	Ertrag pro 1925
Reinertrag	Fr. 7,580,070.13	Fr. 7,595,213.08
Voranschlag	» 7,512,000.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 68,070.13	
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 15,142.95	

Das rohe Grundsteuerkapital ist von Fr. 4,052,333,840 angewachsen auf Fr. 4,147,530,290, hat sich also vermehrt um Fr. 95,196,450. Diese Zunahme ist, wie gewohnt, auf die im jährlichen Berichtigungsverfahren festgestellten Veränderungen zurückzuführen. Die Gründe sind die altbekanntesten: Neu- und Umbauten und andere tatsächliche Veränderungen an den Grundstücken.

Die steuerfreien Quoten nach Art. 5, Ziff. 4 und 5, StG betragen Fr. 24,876,660. Sie haben gegenüber dem Vorjahre weiter abgenommen, und zwar um Fr. 607,060. Die Summe der abgezogenen Schulden beläuft sich auf Franken 1,577,460,070 und der Schuldenüberschuss auf Fr. 47,617,120. Der letztere hat um Fr. 3,812,400 zugenommen. Die Zunahme der abgezogenen Schulden beläuft sich auf Fr. 103,202,500. Das reine Grundsteuerkapital beträgt Fr. 2,545,193,560, die Verminderung gegenüber dem Vorjahre Fr. 7,398,990. Der Minderertrag gegenüber dem Vorjahre ist in der Hauptsache auf den Rückgang des reinen Grundsteuerkapitals, zu einem kleinen Teil auch auf vermehrte Eliminationen zurückzuführen.

2. Kapitalsteuer.

	Ertrag pro 1926	Ertrag pro 1925
Reinertrag	Fr. 4,551,746.58	Fr. 4,293,715.94
Voranschlag	» 4,200,000.—	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 351,746.58	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr	Fr. 258,030.64	

Der Betrag der im Jahre 1926 zur Steuerpflicht angemeldeten Kapitalien und kapitalisierten Renten, Stand 31. Dezember 1925, war Fr. 1,522,758,761; Zunahme gegenüber dem Vorjahre Fr. 88,136,247.

Die Nachbezüge warfen ab Fr. 81,137,07 gegen Fr. 107,805.15 im Vorjahre; Minderertrag somit Fr. 26,668.08; gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mehrertrag von Fr. 21,137.07.

Die Zunahme des rohen Grundsteuerkapitals bleibt also trotz seiner unerwarteten Höhe um rund 8 Millionen hinter der Zunahme des wirksamen Schuldenabzuges, während andererseits die Zunahme des Kapitalsteuerkapitals rund 15 Millionen geringer ist als der Zuwachs des wirksamen Schuldenabzuges. Dies ist ein deutliches Zeichen für die gewaltigen Steuerausfälle, welche dem Staate in stets wachsendem Masse aus den bundesgerichtlichen Entscheidungen betreffend Abzug ausser Kanton untergebrachter Hypotheken erwachsen.

B. Einkommenssteuer.

Die Zahl der Steuerpflichtigen betrug 188,322, die Zunahme gegenüber dem Vorjahre 2647. Es entfallen auf den Kreis Oberland 23,430, den Kreis Bern-Stadt 47,740, den Kreis Mittelland 14,476, den Kreis Emmental-Oberaargau 40,567, den Kreis Seeland 29,614 und den Kreis Jura 32,495 Steuerpflichtige. Das im Steueretat erscheinende Einkommen betrug: I. Klasse Fr. 382,089,800, II. Klasse Fr. 57,391,700; das Einkommen I. Klasse verzeichnet somit eine Vermehrung von Fr. 7,707,600; dasjenige II. Klasse dagegen eine Verminderung von Fr. 1,449,500.

	Ertrag pro 1926	Ertrag pro 1925
Reinertrag (ohne Steuernachbezüge)	Fr. 18,998,418. 50	Fr. 18,760,289. —
Voranschlag	» 18,850,000. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag.	Fr. 148,418. 50	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr.	Fr. 238,129. 50	
Ertrag der Steuernachbezüge	Fr. 927,628. —	» 832,639. 77
Voranschlag	» 600,000. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag.	Fr. 327,628. —	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr.	Fr. 94,988. 23	

Der Mehrertrag der Einkommenssteuer gegenüber dem Vorjahr ist ausschliesslich auf die I. Klasse zurückzuführen, die zudem auch noch den Ausfall in der II. Klasse deckte. Der Rückgang in Klasse II ist offenbar zurückzuführen auf die Steuergesetzrevision und die darin enthaltene Erleichterung der Kleinrentner. Ohne diese Revision wäre wohl auch in Klasse II ein Mehrertrag zu verzeichnen gewesen. Dass der Ertrag der Klasse I grösser war als im Vorjahre trotz der Gesetzesrevision ist offenbar auf intensivere Erfassung des Einkommens im Veranlagungsverfahren zurückzuführen. Dieser Zuwachs wird sich voraussichtlich im nächsten und wohl auch im übernächsten Jahr in einen Ausfall umwandeln infolge der Praxisänderung des Verwaltungsgerichts in Sachen Steuerpflicht der Gemeinden, welche nicht nur für die Zukunft die dahierige Steuerquelle für den Staat verstopft, sondern auch sehr beträchtliche Eliminationen zur Folge haben wird. — Der Mehrertrag der Nachsteuern ist auf einen im Berichtsjahre endlich zur Erledigung gekommenen grossen Nachsteuerfall zurückzuführen.

C. Zuschlagssteuer.

	Ertrag pro 1926	Ertrag pro 1925
Reinertrag	Fr. 4,350,402. 34	Fr. 4,414,751. 88
Voranschlag	» 4,700,000. —	
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag.	Fr. 349,597. 66	
Minderertrag gegenüber dem Vorjahr.	Fr. 64,349. 54	

Der Rohertrag ist zwar höher als derjenige des Vorjahres. Dagegen waren auch die Eliminationen nochmals höher als im Vorjahre, was den geringeren Reinertrag verursacht hat. Diese Eliminationen betragen Fr. 989,463. 01 gegenüber Fr. 840,506. 63 im Vorjahre. Die obenerwähnte Praxisänderung des Verwaltungsgerichts wird auch bei der Zuschlagssteuer für die künftigen Jahre sehr bedeutende Eliminationen zur Folge haben.

Taxations- und Bezugskosten: Die Besoldungen der Angestellten erreichen rein annähernd den gleichen Betrag wie im Vorjahr; die Entschädigungen an die Kommissionsmitglieder sind nochmals um rund Fr. 2100 niedriger als im Vorjahr; auch die verschiedenen Kosten sind etwas niedriger (rund Fr. 1400). Die Besoldungen für das Personal der Rekurskommission (einschliesslich Inspektorat) sind um nicht ganz Fr. 1700 zurückgegangen, und ebenso sind die Entschädigungen an die Mitglieder rund Fr. 1300 und die verschiedenen Kosten (einschliesslich Inspektorat) um rund Fr. 3500 niedriger als im Vorjahr. — Die Mehrausgaben auf Rubrik Kosten der Steuergesetzrevision sind darauf zurückzuführen, dass die Rubrik Steuerstatistik wegfällt und die gesamten Kosten der steuerstatistischen Arbeiten nun hier verrechnet werden. Die verschiedenen Bezugskosten erforderten rund Fr. 22,000 weniger als im Vorjahr.

Abgesehen von den Bezugsprovisionen, welche sich automatisch nach der Höhe der Roherträge richten, sind die gesamten Taxations-, Rekurs- und Bezugskosten neuerdings zurückgegangen, und zwar um annähernd Fr. 47,000. Die Verwaltungskosten dagegen sind um rund Fr. 33,000 gestiegen; davon entfallen rund auf Besoldungen der Beamten Fr. 900, Besoldungen der Angestellten Fr. 10,300, Bureau- und Reisekosten Fr. 16,700, Mietzinse Fr. 5100. Die Mehrausgabe für Angestelltenbesoldungen ist auf fällige Alterszulagen, Versetzungen vom Provisorium ins Definitivum und Besetzung vorübergehend vakanter Stellen zurückzuführen; auch die Mehrausgaben unter Rubrik Bureau- und Reisekosten sind zum Teil auf Vermehrung bzw. Besserstellung von Aushilfspersonal, zum Teil auf Mehrausgaben für Mobiliar- und Materialanschaffungen zurückzuführen. Der Mehrbetrag von Mietzinsen rührt davon her, dass wir in den Vorjahren nicht für sämtliche in Staatsgebäuden untergebrachte Bureauäumlichkeiten mit Mietzinsen belastet wurden.

D. Erbschafts- und Schenkungssteuer.

Der Reinertrag erreicht die Summe von Franken 1,890,463. 80. Gegenüber dem Voranschlag ergibt

sich ein Mehrertrag von Fr. 334,463. 80; gegenüber dem Vorjahre dagegen ein Minderertrag von Fr. 467,511. 86. Der Minderertrag gegenüber dem Vorjahre ist darauf zurückzuführen, dass sich die ungewöhnlich grossen Steuerfälle dieses Vorjahres nicht wiederholten. Der grösste Fall des Berichtsjahres warf Fr. 99,316. 20 ab. An Abgabefällen mit einem Ertrag von je über Fr. 20,000 weist das Berichtsjahr bloss 13 aus gegenüber 25 im Vorjahre.

Es wurden 2156 steuerpflichtige Erbschafts- und Schenkungssteuerfälle erledigt gegenüber 1966 im Vorjahre; Zunahme also 190. Dazu kommen 40 Nachträge und 68 Ordnungsbussen. Ausserdem gelangten 7638 abgabefreie Fälle zur Erledigung, was eine Zunahme um 1036 ergibt.

An Gemeindeanteilen gemäss § 6 des Gesetzes vom 4. Mai 1879 bzw. Art. 40 desjenigen vom 6. April 1919

wurden an die Gemeinden rein Fr. 482,458. 65 ausgerichtet.

E. Wasserrechtsabgabe.

Die Einnahmen, nach Abzug der Eliminationen, betragen Fr. 204,949. 40 gegen Fr. 190,000 nach Voranschlag und Fr. 196,510 im Vorjahre. An den Fonds für Unterstützung bei Beschädigungen oder drohenden Gefahren durch Naturereignisse wurde statt der budgetierten Fr. 19,000 ein Betrag von Fr. 20,494. 95 überwiesen. Die Zuwendungen an diesen Fonds betragen seit Erlass des Gesetzes Fr. 273,850. 30. Der Reinertrag zuhanden der laufenden Verwaltung beträgt Franken 184,365. 30 gegenüber Fr. 170,500 gemäss Voranschlag und Fr. 176,359 nach der Vorjahresrechnung.

F. Stempelabgabe.

1. Kantonale Stempelsteuer.

	Voranschlag		Roherträge	
	pro 1926	pro 1926	pro 1926	pro 1925
Stempelpapier	Fr. 90,000. —	Fr. 88,458. 35	Fr. 80,364. 65	
Stempelmarken	» 610,000. —	» 670,459. 20	» 653,729. 50	
Spielkartenstempel	» 65,000. —	» 69,261. —	» 70,191. 50	
Total Rohertrag	Fr. 765,000. —	Fr. 828,178. 55	Fr. 804,285. 65	
Hiervon gehen ab:				
Ausgaben für Rohmaterial, Provisionen, Verwaltungskosten und Rückerstattungen	» 110,430. —	» 110,341. 50	» 108,519. 53	
Reinertrag	Fr. 654,570. —	Fr. 717,837. 05	Fr. 695,766. 12	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 63,267. 05	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahre			Fr. 22,070. 93	

2. Eidgenössische Stempel- und Couponsteuer. Anteil des Kantons.

	Reinertrag pro 1926	Reinertrag pro 1925
Verrechneter Anteil	Fr. 1,826,583. 05	Fr. 1,429,167. 70
Veranschlagt waren	» 1,300,000. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 526,583. 05	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahre	Fr. 397,415. 35	
Total Stempelsteuerertrag:		
Kantonale Abgabe	Fr. 717,837. 05	Fr. 695,766. 12
Eidgenössische Abgabe	» 1,826,583. 05	» 1,429,167. 70
Zusammen	Fr. 2,544,420. 10	Fr. 2,124,933. 82
Veranschlagt waren	» 1,954,570. —	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr. 589,850. 10	
Total Mehrertrag gegenüber dem Vorjahre	Fr. 419,486. 28	

Auf 1. Dezember 1926 ist der Vorsteher der Stempelverwaltung, A. Antener, der über 50 Jahre Staatsdienst geleistet hatte, von seinem Amte zurückgetreten. Dessen Stelle wurde nicht mehr neu besetzt, sondern der Sekretär der Finanzdirektion als Vorsteher bezeichnet.

Der Mehrertrag der Stempelabgaben von Fr. 589,850. 10 gegenüber dem Voranschlag und Fr. 419,486. 28 gegenüber dem Vorjahre rührt zur Hauptsache vom Anteil des Kantons an den eidgenössischen Stempel- und Couponssteuern her. Diese Einnahmen sind seit 1918, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes, ständig

im Steigen begriffen. Die seit dem 15. Dezember 1921 eingeführte Couponsteuer trägt wesentlich an diesem Ergebnis der eidgenössischen Stempelabgaben bei.

Der Ertrag der kantonalen Stempelsteuer ist um Fr. 63,267.05 höher als der Voranschlag und übersteigt denjenigen des Vorjahres um Fr. 22,070.93. An ausserordentlichen Einnahmen sind im Rechnungsjahr Fr. 30,550 Stempelgebühren für die Bauverträge der Kraftwerke Oberhasli A.-G. zu verzeichnen. Ohne diesen Posten wäre das Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um Fr. 8480 zurückgeblieben. Der Ertrag sollte durch eine Revision des Stempelgesetzes erhöht werden können.

Wegen Widerhandlungen gegen die Gesetzesbestimmungen hat die Verwaltung im Rechnungsjahr 231 Strafanzeigen erheben müssen.

G. Gebühren.

	Voranschlag		Reinerträge	
	pro 1926	pro 1926	pro 1926	pro 1925
Prozentgebühren der Amtsschreiber	Fr. 2,000,000. —	Fr. 1,717,467. 78	Fr. 1,856,585. 41	
Fixe Gebühren der Amtsschreiber	» 500,000. —	» 591,608. 15	» 500,181. 98	
Gebühren der Gerichtsschreiber und der Betreibungs- und Konkursämter.	» 950,000. —	» 1,051,635. 10	» 1,038,661. 10	
Zusammen	Fr. 3,450,000. —	Fr. 3,360,711. 03	Fr. 3,395,428. 49	
Abzüglich Bezugskosten	» 3,000. —	» 2,987. 20	» 2,248. 50	
	Fr. 3,447,000. —	Fr. 3,357,723. 83	Fr. 3,393,179. 99	
<i>Staatskanzlei</i>	» 110,000. —	» 103,996. 05	» 121,853. 80	
<i>Obergericht</i>	» 30,000. —	» 28,600. —	» 33,800. —	
<i>Verwaltungsgericht</i>	» 20,000. —	» 22,650. —	» 24,840. —	
<i>Handelsgericht</i>	» 20,000. —	» 19,400. —	» 19,600. —	
<i>Anwaltskammer</i>	» 1,200. —	» 1,000. —	—	
<i>Versicherungsgericht</i>	—	» 1,130. —	—	
<i>Polizeidirektion</i>	» 180,000. —	» 221,487. 45	» 216,250. —	
<i>Markt- und Hausierpatente</i>	» 120,000. —	» 123,568. 60	» 123,288. 60	
<i>Patenttaxen der Handelsreisenden</i>	» 120,000. —	» 144,616. —	» 132,713. 50	
<i>Gebühren für Radfahrerbewilligungen</i>	» 250,000. —	» 343,536. 45	» 290,524. 70	
<i>Gebühren der Lichtspielkontrolle</i>	» 10,000. —	» 14,400. —	» 13,617. 70	
<i>Konzessionsgebühren</i>	» 2,700. —	» 2,678. 88	» 2,717. 48	
<i>Gewerbescheingebühren</i>	» 13,000. —	» 20,054. 15	» 15,101. 02	
<i>Handels- und Gewerbekammer</i>	» 21,500. —	» 20,850. —	» 24,150. —	
<i>Finanzdirektion</i>	» 200. —	» 200. —	» 300. —	
<i>Rekurskommission</i>	» 120,000. —	» 113,322. 55	» 110,947. 57	
<i>Sanitätsdirektion</i>	» 6,000. —	» 4,500. —	» 7,350. —	
	Fr. 4,471,600. —	Fr. 4,543,713. 96	Fr. 4,530,234. 36	
Abzüglich Rückerstattungen an Liegenschaftsvermittler	—	» 83. 40	—	
	Fr. 4,471,000. —	Fr. 4,543,630. 56	Fr. 4,530,234. 36	
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag.			Fr. 73,030. 56	
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahre			Fr. 13,396. 20	

Der Gebührenertrag differiert im Gesamtergebnis gegenüber dem Voranschlag mit einem Mehr von Franken 73,030. 56 und Fr. 13,396. 20 gegenüber dem Vorjahr. Die Rechnung wäre bedeutend besser, wenn sich nicht bei den Prozentgebühren der Amtsschreiber (Handänderungsgebühren usw.) ein Rückschlag von Fr. 282,532. 22 gegenüber dem Voranschlag und Fr. 139,117. 73 gegenüber dem Vorjahr ergeben hätte. Dieser Rückgang ist auf den flauen Liegenschaftsverkehr zurückzuführen. Ebenfalls Mindereinnahmen weisen auf die Staatskanzlei mit Fr. 6003. 95 und die Rekurskommission mit Fr. 6677. 45. Dagegen sind gegenüber dem Voranschlag die fixen Gebühren der Amtsschreiber um Fr. 91,608. 15 und die Gebühren der Gerichtsschreiber und Betreibungsämter um Fr. 101,635. 10 höher ausgefallen, was auf die erhöhten Tarife zurückzuführen ist. Weitere Mehreinnahmen verzeichnen infolge Taxerhöhungen und der allgemeinen Verkehrszunahme, die Gebühren der Polizeidirektion für Reisepässe und Schriftenwesen Fr. 41,487. 45, die Patenttaxen der Handelsreisenden Fr. 24,616 und die Gebühren für Radfahrerbewilligungen Fr. 93,536. 45.

H. Eidgenössische Kriegssteuer.

I. Steuerperiode.

Wie die nachstehende Abrechnung erzeigt, wurde die Liquidation der Steuer pro I. Steuerperiode nach Möglichkeit gefördert. Sie kann aber noch lange nicht abgeschlossen werden, da immer noch Stundungsfristen laufen, Konkurse noch nicht abgeschlossen sind und sogar noch ein Rekurs hängig ist. Der letztere ist heute bereits durch die kantonale und die eidgenössische Instanz entschieden und zur Veranlassung einer neuen Expertise an die erstere Instanz zurückgewiesen worden.

Die Abrechnung auf Ende 1926 gestaltet sich wie folgt:

	Fr.	Fr.
Einschätzungssumme auf Ende 1925	32,001,476. 14	
Neueinschätzungen und Nachsteuern im Berichts-jahr	49,979. 45	
		32,051,455. 59
Verhängte Bussen		2,306. —
Eingegangene Verzugszinsen		77,021. 56
		<u>32,130,783. 15</u>
Total		
Hiervon gehen ab:		
Skonti	1,212,275. 78	
Abschreibungen infolge von Einsprache-, Rekurs- und Gesuchsentscheiden, Konkurs usw. an Steuern	2,536,755. 09	
an Bussen	577. —	
		3,749,607. 87
		<u>28,381,175. 28</u>
Hiervon sind eingegangen		28,200,379. 12
so dass der Ausstand beträgt		<u>180,796. 16</u>
Vom eingegangenen Betrag verbleiben dem Kanton 20 % oder		
		5,640,075. 82
Hierzu die Saldi der Repartitionen 1923/26 zu unsern Gunsten		29,423. 90
		<u>5,669,499. 72</u>
Hiervon ab die Kosten mit		793,970. 72
so dass dem Kanton auf Ende 1926 netto zugekommen sind		<u>4,875,529. —</u>

II. Steuerperiode.

Im Berichtsjahre wurden in allen Bezirken und von der Kriegssteuerverwaltung die Einspracheverhandlungen zu Ende geführt. Da der Steuerkreis Bern-Stadt die grösste Zahl von Steuerpflichtigen und wohl auch die kompliziertesten Steuerfälle aufweist, dauerten hier die Arbeiten am längsten, und die Bureaux dieser Taxationskommission konnten erst auf Ende Juni geschlossen werden. Die Verzögerung der Arbeiten hatte aber ihren Grund nicht einzig in der angegebenen Tatsache. Am 20. März verstarb nach kurzer Krankheit der Präsident der Kommission, Herr A. Hofmann, Kaufmann. Der Verstorbene hat in vorbildlicher Pflichttreue seines Amtes gewaltet.

Bei diesem Anlasse möchten wir auch den beiden Vizepräsidenten, den Herren Johann Knuchel und Fr. Thomet den besten Dank aussprechen für die Hingabe, mit welcher sie die Arbeiten zu Ende geführt haben.

In dieser Periode hat sich neuerdings gezeigt, dass durch die Revision der Einschätzungen durch die einschätzenden Behörden sehr viele Rekurse vermieden werden können. Dabei ist die Voraussetzung allerdings die, dass die Einsprecher zur mündlichen Einvernahme vorgeladen werden. Die Zahl der eingelangten Rekurse ist deshalb nicht bedeutend, und es wurden viele durch die kantonale Kriegssteuerverwaltung erledigt. Zahlenmässige Angaben wird der nächste Verwaltungsbericht bringen.

Der Kriegssteuerverwaltung brachte das rechtliche Inkasso der Steuer der Pflichtigen des Steuerkreises Bern-Stadt eine wesentliche Belastung. Wenn man bedenkt, dass der Gesetzgeber nur die leistungsfähigern Personen besteuern wollte, so muss auffallen, dass bei 18,544 Steuerpflichtigen der Stadt Bern für die Eintreibung der I. Rate nicht weniger als 2493 Betreibungen nötig waren. Dass in vielen Fällen der Zahlungsbefehl nicht genügte, zeigt die Tatsache, dass für die I. Rate 335 Verlustscheine ausgestellt wurden.

Bis Ende 1926 wurden aus dem Kanton Bern 589 Nachlassgesuche eingereicht, mehr als aus der übrigen Schweiz zusammen.

Auf Ende 1926 macht sich die Abrechnung wie folgt:

	Fr.	Fr.
Einschätzungssumme auf Ende 1925	29,553,543. 75	
Neueinschätzungen und Nachsteuern im Berichts-jahr	99,840. 74	
		29,653,384. 49
Verhängte Bussen		4,983. —
Eingegangene Verzugszinsen		2,531. 04
		<u>29,660,898. 53</u>
Total		
Hiervon gehen ab:		
Die ausgerichteten Skonti	1,841,376. 34	
Abschreibungen infolge von Einsprachen, Rekurs- und Gesuchsentscheiden, Konkurs usw.		
an Steuern	573,274. 22	
an Bussen	1,239. 60	
		2,415,890. 16
		<u>27,245,008. 37</u>
Hiervon sind eingegangen		21,695,876. 26
so dass noch ausstehen		<u>5,549,132. 11</u>
Vom Eingang erhält der Kanton 20 % oder		
		4,339,175. 25
Hiervon ab die Kosten mit		632,939. 20
so dass dem Kanton auf Ende 1926 zugekommen sind		<u>3,706,236. 05</u>

J. Eidgenössische Kriegsgewinnsteuer.

Im Verwaltungsbericht für das Jahr 1925 ist dieser Abschnitt offenbar bei der Druckgabe ausgefallen.

Da das Nachbesteuerungsrecht verjährt ist, handelt es sich nur noch um die Liquidation einzelner Ausstände.

Nach den von der eidgenössischen Steuerverwaltung gestellten Abrechnungen betragen die 10 % der dem Kanton zu kommenden Steuern:

1925	Fr. 18,443. 28
1926	» 3,344. 35
	<u>Übertrag Fr. 21,787. 63</u>

Übertrag	Fr. 21,787. 63
Saldo aus den Repartitionen der Kriegsgewinnsteueranteile mit den andern Kantonen 1925	» 57. 70
	<u>Fr. 21,845. 33</u>
Bis Ende 1924 sind dem Kanton zugekommen	» 5,880,455. 14
so dass sein Anteil auf Ende 1926 beträgt	<u>Fr. 5,902,300. 47</u>

VII. Hülfskasse.

Die Hülfskasse hat sich im Jahre 1926 ungefähr im Rahmen der Erwartungen entwickelt. Als ein für die Kasse bedeutendes Ereignis ist die Vereinfachung der Bezirksverwaltung zu erwähnen, die am 1. August 1926 durchgeführt wurde. Diese Massnahme brachte eine wesentliche Belastung, da die bei diesem Anlass aus dem Staatsdienste austretenden 27 Beamten der Kasse überwiesen worden sind. An 25 Versicherte mussten in der Folge Renten zugesprochen werden, an 1 Versicherten gelangte eine einmalige Abfindungssumme zur Ausrichtung und an 1 Spareinleger wurden die Spareinlagen des Staates zur Auszahlung gebracht. Am Ende des Berichtsjahres war der Bezug der Nachzahlungen, die durch das Dekret vom 18. November 1924 bedingt waren, abgeschlossen.

Am 11. August 1926 fand die Abgeordnetenversammlung der Hülfskasse statt. Sie stimmte dem Jahresbericht und der Jahresrechnung pro 1925 zu und wies beide mit Empfehlung zur Genehmigung an die Finanzdirektion zuhanden des Regierungsrates. Der Umstand, dass im Berichtsjahre neuerdings eine Zunahme der Spareinleger eingetreten war, veranlasste eine erneute Aussprache. Die Abgeordnetenversammlung stimmte schliesslich einem Antrage zu, dahingehend, es sei in Zukunft eine Zusammenstellung über die Bewegung der Spareinleger in den detaillierten Jahresbericht der Kasse aufzunehmen, damit festgestellt werden könne, bei welchen Dienststellen die angeführte Zunahme der Spareinleger gesucht werden muss. Im weitern wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, der Staat möchte die Ausgabe von Schuldscheinen für Verpflichtungen gegenüber der Hülfskasse auf den in § 3, Schlussabsatz, des Dekretes vom 18. November 1924 bezeichneten Einzelfall beschränken.

Die Verwaltungskommission der Hülfskasse erledigte die ihr zugewiesenen Geschäfte im Berichtsjahre in 7 Sitzungen. Am 30. September 1926 schied der Präsident der Kommission, Regierungsrat Dr. Volmar, aus der Regierung aus und legte auch die Funktionen des Vorsitzenden der Verwaltungskommission nieder. An seiner Stelle übernahm Regierungsrat Dr. Guggisberg

den Vorsitz in der Verwaltungskommission. Die Kommission behandelte 361 Beitrittsgesuche, wovon 266 zugesprochen wurden. Die übrigen 95 Personen wurden als Spareinleger in die Kasse aufgenommen. Es lagen der Kommission ferner vor 33 Gesuche von Spareinlegern um Übertragung zu den ordentlichen Mitgliedern. Auf Grund des Ergebnisses einer nochmaligen ärztlichen Untersuchung konnten 20 Eingaben berücksichtigt werden. Die übrigen wurden abgewiesen oder zurückgestellt. An dieser Stelle ist noch das Begehren der Zivilstandsbeamten um Aufnahme in die Hülfskasse zu erwähnen. Der Regierungsrat hatte anlässlich der Beantwortung der Anfrage von Dr. Meier im Grossen Rate eine Prüfung der Angelegenheit zugesagt, wobei in erster Linie die Frage zu entscheiden sei, ob die Zivilstandsbeamten kantonale Funktionäre seien. Diese Erhebungen wurden im Berichtsjahre zum Abschluss gebracht. Die Erledigung des Geschäftes fällt nicht mehr in das Jahr 1926.

Die Verwaltungskommission hatte sich mit 5 Gesuchen um Einkauf von Zusatzjahren zu befassen. In 4 Fällen beantragte die Kommission dem Regierungsrate den Begehren zu entsprechen. Die hieraus resultierenden Einkaufssummen beliefen sich für den Staat auf Franken 8335.60 und für die Gesuchsteller auf Fr. 5954. Ein Gesuch konnte infolge Fehlens der erforderlichen Voraussetzungen nicht in Berücksichtigung gezogen werden.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich im Berichtsjahre wie folgt:

a) Mitglieder.

Mitgliederbestand am 31. Dezember 1925	3028
Zuwachs (Neueintritte)	286
	<u>3314</u>
Abgang (Austritte, Pensionierungen, Verstorbene)	<u>309</u>
Mitgliederbestand am 31. Dezember 1926	<u>3005</u>

Der anrechenbare Jahresverdienst beziffert sich im nämlichen Zeitpunkte auf Fr. 15,942,716.

b) Spareinleger.

Der Bestand der Spareinleger betrug am 31. Dezember 1925	191
Zuwachs (Neueintritte)	95
	<hr/> 286
Abgang (Austritte und Verstorbene)	68
Bestand der Spareinleger am 31. Dezember 1926	<u>218</u>

Der anrechenbare Jahresverdienst beziffert sich im nämlichen Zeitpunkte auf Fr. 746,548.

(In diesen Zahlen sind die am Ende des Berichtsjahres noch unerledigten 64 Beitrittsgesuche nicht inbegriffen.)

Die Verwaltungskommission hatte im Berichtsjahre 133 Gesuche um Ausrichtung von Kassenleistungen zu prüfen. Diese Begehren verteilen sich auf folgende Arten von Kassenleistungen:

a) Renten	115
b) einmalige Abfindungen	5
c) Unterstützungen	13

Von den unter lit. a. aufgeführten Gesuchen wurden 105 zugesprochen, 9 konnten infolge Fehlens der erforderlichen Voraussetzungen nicht berücksichtigt werden und ein Gesuch war am Ende des Berichtsjahres noch nicht erledigt. Die Ausrichtung von einmaligen Abfindungen wurde in 3 Fällen bewilligt. Die beiden übrigen Gesuche sind angesichts der tatsächlichen Verhältnisse abgewiesen worden. Unterstützungen wurden an 5 Gesuchsteller ausgerichtet. Davon entfiel ein Geschäft auf allgemeine Rechnung der Kasse und die andern auf den Unterstützungsfonds.

Die Bewegung der Rentenbezüger ergibt sich aus der nachstehenden Zusammenstellung:

Bestand der Rentenbezüger am 31. Dezember 1925	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Zuwachs	286	204	98	9
	<hr/> 99	<hr/> 29	<hr/> 28	<hr/> 6
	385	233	126	15
Abgang infolge Tod und Erlöschen der Rentenberechtigung	26	11	16	—
Bestand der Rentenbezüger am 31. Dezember 1926	<hr/> 359	<hr/> 222	<hr/> 110	<hr/> 15

Die jährlichen Verpflichtungen für Rentenleistungen belaufen sich am Ende des Berichtsjahres auf Fr. 1,467,532. 90.

Auf den Antrag der Verwaltungskommission genehmigte der Regierungsrat die von der Hülfskasse mit folgenden Pensionskassen abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträge:

1. Pensions- und Hülfskasse der Berner-Alpenbahn-Gesellschaft in Bern.
2. Pensions- und Hülfskasse der Emmentalbahngesellschaft in Burgdorf.
3. Pensions-, Witwen- und Waisenkasse der Einwohnergemeinde Thun.

Am 25. April 1926 verstarb der Oberarzt der Hülfskasse, Professor Dr. Max Howald, Kantonsarzt in Bern, der der Kasse seit Beginn ihrer Tätigkeit ausserordent-

lich grosse Dienste geleistet hat. Die Geschäfte wurden vorübergehend durch den stellvertretenden Kantonsarzt, Dr. med. A. Hauswirth, Stadtarzt in Bern, besorgt. An Stelle des im Jahre 1925 in Biel verstorbenen Vertrauensarztes Dr. E. Lanz wählte die Verwaltungskommission zum Vertrauensarzt Dr. med. Hans Ryser in Biel.

Jahresrechnung.

Die Einnahmen betragen per 31. Dezember 1926	Fr. 2,819,995. 45
Die Ausgaben betragen per 31. Dezember 1926	» 1,481,634. 10
Der Einnahmenüberschuss pro 1926 beträgt somit	<hr/> Fr. 1,338,361. 35

Die Vermögensrechnung weist folgende Summen auf:

Guthaben bei der Hypothekarkasse ausstehende Beiträge des Staates und der Mitglieder	Fr. 11,260,980. 15
ausstehende Beiträge der Inselkorporation	» 909,587. 95
	<hr/> 80,000. —
	Fr. 12,250,568. 10
Das Vermögen betrug am 1. Januar 1926	» 10,925,279. 10
Die Vermögensvermehrung pro 1926 beträgt somit	<hr/> Fr. 1,325,289. —

Die Rechnung über die Spareinlagen zeitigt pro 1926 folgendes Ergebnis:

Einnahmen	Fr. 134,116. 45
Ausgaben	» 67,480. 35
Einnahmenüberschuss	<hr/> Fr. 66,636. 10

Die Vermögensrechnung weist folgende Summen auf:

Guthaben bei der Hypothekarkasse	Fr. 337,246. 30
ausstehende Beiträge des Staates	» 26,339. —
	<hr/> Fr. 363,585. 30
Das Vermögen betrug am 1. Januar 1926	» 296,949. 20
Die Vermögensvermehrung pro 1926 beträgt somit	<hr/> Fr. 66,636. 10

Die Rechnung über den Unterstützungsfonds ergibt pro 1926 folgende Summen:

Einnahmen	Fr. 2,805. —
Ausgaben	» 1,560. —
Einnahmenüberschuss	<hr/> Fr. 1,245. —

Die Vermögensrechnung weist folgende Summen auf:

Guthaben bei der Hypothekarkasse per 31. Dezember 1926	Fr. 59,897. 50
Das Vermögen betrug am 1. Januar 1926	» 58,652. 50
Vermögensvermehrung pro 1926	<hr/> Fr. 1,245. —

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hülfskasse verwiesen.

VIII. Salzhandlung.

Im Personalbestand der Salzhandlung sind im Berichtsjahre keine Änderungen eingetreten.

Der Betrieb gibt zu folgenden Bemerkungen Anlass. Der Salzvorrat in den Magazinen ist wie bisher nicht über das übliche Mass hinaus erhöht worden. Eine Vermehrung dieses Vorrates ist aus folgenden Gründen nicht am Platze. Eine zu lange Lagerung von Salz zieht hauptsächlich bei nassem Wetter Feuchtigkeit an, so dass leicht Gewichtsmanki entstehen können, welche den Salzauswägern vergütet werden müssten. Sodann ist die Preisbewegung beim Ankaufspreis immer noch nicht abgeschlossen und weitere Reduktionen dürften erwartet werden. Damit solche möglichst rasch im finanziellen Ergebnis der bernischen Salzhandlung zur Auswirkung kommen, rechtfertigt es sich unbedingt, das vorhandene Lager nicht anwachsen zu lassen. Im Berichtsjahre ist eine weitere Reduktion des Ankaufspreises für Kochsalz nicht erfolgt, doch trat eine solche zu Beginn des Jahres 1927 ein, worüber nächstes Jahr berichtet werden soll.

Dagegen haben die Rheinsalinen den Preis für das Gewerbesalz etwas reduziert und die Finanzdirektion hat darauf, um besonders der immer noch notleidenden Industrie entgegenzukommen, im Einverständnis mit dem Regierungsrat den Verkaufspreis für dieses Salz auf Fr. 9 per 100 kg-Sack herabgesetzt. Sofern das Gewerbesalz lose auf Eisenbahnwagen geliefert werden kann, beträgt der Preis Fr. 8. 50. Ausserdem hat der Besteller die Fracht von den Salinen zum Bestimmungsort zu übernehmen.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Ertrag der Salzhandlung um Fr. 17,001. 85 zurückgegangen, und zwar trotzdem im Jahre 1925 eine Reduktion des Ankaufspreises um 50 Rp. per 100 kg eingetreten ist. Dieser Rückgang ist ausschliesslich auf ein Nachlassen des Absatzes beim Kochsalz zurückzuführen. Im Berichtsjahre wurden 414,000 kg weniger verkauft. Gegenüber dem Vorjahre ist die Zunahme des Verkaufes von jodiertem Kochsalz von insgesamt 22,875 kg unwesentlich. Dieses Ergebnis zeugt unseres Erachtens dafür, dass die Einführung der obligatorischen Abgabe von jodiertem Salz im Kanton Bern zum mindesten noch nicht spruchreif ist. Der Konsum der übrigen Spezialsalze hat sich gegenüber dem Vorjahre nicht wesentlich verändert.

Ausser der bereits erwähnten Reduktion des Verkaufspreises für das Gewerbesalz sind gesetzliche Erlasse des Regierungsrates nicht zu erwähnen.

Zur Besetzung der Salzbutten sind im Berichtsjahre Bemerkungen nicht zu machen.

Der Reinertrag der Salzhandlung beträgt Franken 1,285,571. 95. Von dieser Summe gehen Fr. 200,000 gemäss Gesetz über den Salzpreis vom 6. April 1919 als Einlage in den Fonds für Alters- und Hinterbliebenenversicherung ab.

Umsatz.

1. Kochsalz.

Die Faktoreien haben von den Salinen 9,858,800 kg bezogen und an die Salzauswäger abgegeben:

Faktorei Thun	1,653,200 kg
» Bern	2,528,800 »
» Burgdorf	1,914,700 »
» Langenthal	1,110,500 »
» Biel	1,399,300 »
» Delsberg	1,019,000 »
» Pruntrut	322,000 »
	<u>9,947,500 kg</u>
Im Vorjahre wurden abgegeben	10,361,500 »
Wenigerverkauf pro 1926	<u>414,000 kg</u>

2. Andere Salzarten.

	Eingang kg	Ausgang kg	Mehr- ausgang als 1925 kg	Weniger- ausgang als 1925 kg
Kochsalz, jodiert	430,200	429,500	22,875	—
Tafelsalz	21,550	22,150	2,150	—
Tafelsalz Grésil	1,650	1,737,5	—	175
Meersalz	20,000	22,300	3,250	—
Gewerbesalz	921,200	921,200	87,400	—
Vergoldersalz	30,800	32,000	5,700	—
Vergoldersalz Grenol	5,550	5,550	1,950	—
Pfannensteinsalz	30,000	30,000	9,900	—

Den Salinen wurde für sämtliche Bezüge bezahlt Fr. 991,918. 05.

Reinertrag.

Dieser wurde erzeugt durch den Bruttoertrag von Fr. 1,748,399. 75

abzüglich:
der Betriebskosten Fr. 427,135. 80
der Verwaltungskosten » 35,692. —
» 462,827. 80
Fr. 1,285,571. 95

abzüglich der Einlage in den Fonds für Alters- und Hinterbliebenenversicherung, gemäss Art. 2 des Gesetzes über den Salzpreis vom 6. April 1919 » 200,000. —
Fr. 1,085,571. 95

Im Voranschlag war vorgesehen ein Ertrag von » 1,016,490. —
Somit Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag Fr. 69,081. 95

Gegenüber dem Vorjahre hat sich der Reinertrag verringert um Fr. 17,001. 85

IX. Domänenverwaltung.

Ankäufe.

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich		Grundsteuerschätzung		Kaufpreis		
		ha	a	m ²	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.
Aarwangen (Tausch)	—	—	—	59	30.	—	—	—
Bern	—	—	12	21	170.	—	12,128.	—
Delsberg (Übertragung von der Kantonalbank auf den Staat Bern)	2	—	8	14	105,190.	—	—	—
Erlach	—	6	53	54	20,220.	—	19,850.	—
Konolfingen (Wasserdurchleitungsrechte)	—	—	—	—	—	—	700.	—
Neuenstadt	—	—	14	26	430.	—	900.	—
Seftigen (Dienstbarkeitsvertrag)	—	—	—	—	—	—	480.	—
Kanton Neuenburg (Cressier)	—	4	59	11	11,035.	—	14,232.	41
	2	11	47	85	137,075.	—	48,290.	41
Nicht vermessenes Land und Seegrund (Merligen)	—	—	—	16	—	—	48.	—
	2	11	48	01	137,075.	—	48,338.	41

Verkäufe.

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich		Grundsteuerschätzung		Kaufpreis		
		ha	a	m ²	Fr.	Rp.	Fr.	Rp.
Aarwangen	—	—	2	62	180.	—	1,015.	—
Bern	—	—	53	41	3,920.	—	17,999.	50
Biel	4	—	18	36	73,510.	—	73,510.	—
Büren	1	—	—	—	7,500.	—	100.	—
Erlach (Tausch)	—	3	14	73	9,440.	—	—	—
Fraubrunnen	—	—	11	—	310.	—	3,130.	—
Frutigen (Wasserdurchleitungsrecht)	—	—	—	—	—	—	50.	—
Interlaken	—	—	1	33	310.	—	1,596.	—
Konolfingen (Wasserdurchleitungsrecht)	—	—	—	—	—	—	27.	—
Moutier	2	—	51	28	51,510.	—	2,520.	—
Nidau	—	1	03	99	3,120.	—	3,500.	—
Oberhasli	—	—	43	69	2,840.	—	14,947.	—
Schwarzenburg	—	—	—	03	—	—	—	—
	7	6	00	44	152,640.	—	118,394.	50
Seegrund	—	—	14	26	—	—	4,633.	—
	7	6	14	70	152,640.	—	123,027.	50

Ankäufe.

Mit Rücksicht auf die Finanzlage einerseits und den Stand des Domänenfonds andererseits wurde auch im Berichtsjahr mit Ankäufen möglichst zurückgehalten. Es sind nur solche Käufe getätigt worden, die im Interesse der Staatsverwaltung dringend geboten waren. Es betrifft dies in der Hauptsache folgende Objekte:

1. *Bern.* Schon seit längerer Zeit machte sich für die Bedürfnisse der Ökonomie der Anstalt Waldau ein Wassermangel bemerkbar. Es fand sich im Berichtsjahr Gelegenheit, von Gottfried und Fried. Stettler, Landwirte zu Flugbrunnen in Bolligen 40 Minutenliter gefasstes Quellwasser zum Preise von Fr. 10,000 zu kaufen. Durch langwierige Verhandlungen konnte der ursprünglich

geforderte Preis von Fr. 12,000 auf den obgenannten reduziert werden.

In Zollikofen erwarb der Staat Bern von der Solothurn-Zollikofen-Bahn 940 m² Land zum Preise von Fr. 1128, während er dieser Bahn 301 m² für Fr. 602 von der Rütli-Domäne abtrat. Bei diesem Tauschvertrag handelte es sich um eine Marchvereinigung.

Mit Beschluss des Grossen Rates vom 13. September 1926 wurde die Regierung ermächtigt, von der Firma Losinger & Cie. in Bern die Häuser Herrengasse 17—21 zu erwerben. Die Verurkundung verzögerte sich, weil noch über einige Nebenpunkte des Vertrages verhandelt wurde. Der Vertrag ist heute abgeschlossen, doch fällt die Berichterstattung darüber in das nächste Geschäftsjahr.

2. *Delsberg*. Der Staat erwarb in Delsberg das ehemalige Bankgebäude der Kantonalbank von Bern an der rue de la Préfecture, zum Preise von Fr. 100,000 (Grundsteuerschätzung Fr. 105,190) durch Übertragung von der Rechnungsrubrik I E auf I C. Diese Übertragung ist nach dem bundesgerichtlichen Urteil vom 13. März 1925 in Sachen Übernahme der Eisenbahnwertpapiere von der Kantonalbank durch den Staat zulässig. Anlässlich der Rechnungsablage pro 1925 hat der Grosse Rat von dieser Übertragung Kenntnis erhalten. Die Abrechnung unserer Direktion mit der Kantonalbank hat sich aber bis in das Berichtsjahr verzögert. Das Gebäude wurde benötigt zur Unterbringung von Staatsbureaux. Es befinden sich darin die Amtsschaffnerei, der Kreisoberingenieur und die Bezirkssteuerkommission Jura.

3. *Erlach*. Nach dem Grossratsbeschluss vom 4. Februar 1926 wurde mit der Burgergemeinde Erlach ein Tauschvertrag abgeschlossen. Mit demselben erwarb der Staat von der Gegentauscherin ein Stück Land von 637 Aren Inhalt und einer Grundsteuerschätzung von Fr. 19,110 und trat dieser 314,73 Aren mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 9440 ab. Für das Mehrmass bezahlte der Staat Fr. 2000 per Jucharte oder für 8,95 Jucharten Fr. 17,900. Das erworbene Land wurde zur Domäne Witzwil geschlagen.

An einer öffentlichen Steigerung wurde für die Anstalt Erlach ein Stück Reb- und Wiesland im Halte von 16,54 Aren und einer Grundsteuerschätzung von Fr. 1110 für Fr. 1950 erworben.

4. *Konolfingen*. Für das Durchleitungsrecht der Abwasserleitung der landwirtschaftlichen Schule Schwand und der Irrenanstalt Münsingen bezahlte der Staat verschiedenen Grundeigentümern Fr. 550. Ebenso ist für die Schlossdomäne Schlosswil ein Betrag von Fr. 150 für gleiche Zwecke verausgabt worden.

5. *Neuenstadt*. Von Ernest Mélia in Diesse wurde eine Griengrube von 14,26 Aren für Fr. 900 erworben. Die Grube wird ausgenützt zum Unterhalt der Wege der Anstaltsdomäne Tessenberg.

6. *Seftigen*. Zwischen dem Staat und der Einwohnergemeinde Kehrsatz wurde ein Dienstbarkeitsvertrag abgeschlossen, nach welchem der Gemeinde im Brandfall Wasser zur Verfügung gestellt wird, diese aber dafür 30 Minutenliter Wasser zur Versorgung der dortigen Erziehungsanstalt in ihre Druckwasserleitung aufnimmt. Für die Erstellung eines Hydrantenstockes im Areal der Anstalt bezahlte der Staat ausserdem eine einmalige Entschädigung von Fr. 480.

7. *Kanton Neuenburg*. Auf Antrag der Polizeidirektion wurde für die Anstalt St. Johannsen in Cressier von Louis-Jérôme-Napoléon Richard, Landwirt daselbst, verschiedene Landparzellen im Gesamtflächeninhalt von 459,11 Aren und einer Grundsteuerschätzung von Fr. 11,035 für Fr. 14,232.41 erworben. Die Anstalt erhielt damit zur Beschäftigung ihrer Insassen notwendiges Kulturland.

Verkäufe.

1. *Bern*. Vom Schlossgute in Köniz verkaufte der Staat Bern dem Joh. Hänni, Baumeister, eine Bauland-

parzelle von 10 Aren zum Preise von Fr. 7500. Die Grundsteuerschätzung dieses Landes betrug Fr. 1500. Für den Rest der Parzelle von 10,57 wurde dem Käufer ein Vorkaufsrecht eingeräumt.

Die Einwohnergemeinde Stettlen erwarb vom dortigen Pfrundgut ein Stück Land zum Preise von Fr. 9397.50. Es betrifft dies 37,59 Aren mit einer Grundsteuerschätzung von Fr. 2250.

Mit Grossratsbeschluss vom 17. September 1925 wurde zur Sicherung der Subventionshypothek das Haus Schönbergweg 11 in Bern zum Preise von Fr. 43,400 erworben. Die Finanzdirektion hat seitdem versucht, dieses Gebäude wieder zu verkaufen. Eine öffentliche Ausschreibung brachte keine annehmbaren Offerten. Nach längern Verhandlungen konnte schliesslich die Besitzung zum Preise von Fr. 48,000 an Frau Elisabeth Schmid verkauft werden, welcher das Haus in der Zwischenzeit zu Fr. 250 monatlich vermietet war. Der Regierungsrat ist seinerzeit vom Grossen Rate beauftragt worden, dieses Haus wieder zu verkaufen. Gestützt auf diesen Auftrag und da es sich sowohl beim Kauf wie auch beim Verkauf lediglich um eine Verwaltungsmassnahme handelte (Verwaltung der Subventionshypotheken gemäss BRB vom 23. Mai 1919 und kantonale Verordnung vom 6. März 1920), erachtet sich der Regierungsrat zur Vertragsgenehmigung als endgültig kompetent.

2. *Biel*. Nachdem feststand, dass die sogenannte Probstbesitzung in Biel für Erweiterungsbauten des Technikums in Biel nicht mehr in Betracht kam, wurde diese zum Verkaufe ausgeschrieben. Die eingelangten Offerten blieben wegen der Bauauffälligkeit des Gebäudes wesentlich unter dem Ankaufspreis. Es gelang schliesslich den Käufer Dr. med. F. Egli in Biel zu bewegen, das Haus zur Grundsteuerschätzung von Fr. 73,510 zu erwerben. Der daherige Vertrag ist vom Grossen Rate genehmigt worden.

3. *Büren*. Der Kirchgemeinde Leuzigen wurde das Kirchenchor, das zu Fr. 8000 brandversichert ist und eine Grundsteuerschätzung von Fr. 7500 hat, abgetreten. Als Loskaufssumme bezahlte der Staat Fr. 1700 und richtete dazu noch einen Renovationsbeitrag von Fr. 2800 aus.

4. *Erlach*. Betreffend den Tauschvertrag mit der Burgergemeinde Erlach verweisen wir auf das unter dem Abschnitt «Ankäufe» Gesagte.

5. *Fraubrunnen*. Der Käseexportgesellschaft Emental A. G. in Zollikofen wurde ein Stück von 11 Aren des in der Gemeinde Münchenbuchsee gelegenen Schattirainwaldes verkauft. Der Kaufpreis betrug Fr. 3130 und die Grundsteuerschätzung Fr. 310.

6. *Interlaken*. Von der Schlossbesitzung in Interlaken wurde dem J. Reinmann, Gemeindepräsident in Interlaken, ein Landstreifen von 133 m² zum Preise von Fr. 1596 verkauft. Die Grundsteuerschätzung beträgt Fr. 310.

7. *Moutier*. Zu erwähnen ist hier der vom Grossen Rate genehmigte Verkauf der Pfrunddomäne Tavannes an die dortige Kirchgemeinde. Es wurden dabei abgetreten das für Fr. 41,100 brandversicherte Wohngebäude mit Scheune und Stallungen, eine für Fr. 700 versicherte Remise und das zugehörige Erdreich im Halte

von 51,16 Aren. Als Loskaufentschädigung vergütete der Staat Fr. 18,000 und als Renovationsbeitrag Franken 2180. Dafür erhielt er für den den gesetzlichen Bestand überschreitenden Teil der Pfund einen Betrag von Fr. 2400.

8. *Nidau*. Die zum Pfundgut Ägerten gehörende Pfundgiessen im Halte von 103,99 Aren und einer Grundsteuerschätzung von Fr. 3120 wurde dem Hans Küng, Bahnarbeiter S. B. B., für Fr. 3500 verkauft.

9. *Oberhasli*. Infolge des Baues der Kraftwerke Oberhasli wurden den B. K. W. von der Pfunddomäne Innertkirchen ein Stück Land von 920 m² und einer Grundsteuerschätzung von Fr. 600 zu Fr. 5100 und der Frau Wwe. Moor, geb. Glatthard als Ersatz für ihr von den B. K. W. entzogenes Land ein Stück von 34,49 Aren und einer Grundsteuerschätzung von Fr. 2240 zum Preise von Fr. 9847 verkauft.

	Erdreich			Grundsteuerschätzung	
	ha	a	m ²	Fr.	Rp.
Bestand der Staatsdomänen laut letztem Bericht	3351	82	34	70,283,091.	—
Ankäufe pro 1926, gemäss Aufstellung	11	47	85	137,075.	—
Zuwachs durch Berichtigungen, von Neubauten, Schätzungsrevisionen der Brandversicherungssummen und entsprechender Erhöhung der Grundsteuerschätzungen sowie von Richtigstellungen der Vermessungspläne herrührend	2	33	61	1,336,730.	—
	3365	63	80	71,756,896.	—
Hiervon gehen ab:					
Verkäufe, exklusive nicht vermessener Seegrund	6	00	44	152,640.	—
Verminderung durch Berichtigungen infolge Reduktion der Brandversicherungssummen und entsprechender Herabsetzung der Grundsteuerschätzungen, Richtigstellung der Vermessungspläne und Abschreibungen von Gebäuden infolge Verschmelzungen usw. (bei den Vermehrungen entsprechend neu aufgeführt)		32	36	289,370.	—
<i>Bestand auf 31. Dezember 1926</i>	3359	31	00	71,314,886.	—

Die Domänen wurden, entgegen früherer Jahre, mit dem Werte der Grundsteuerschätzung in die Staatsrechnung eingestellt. Die Gründe, welche zu dieser Änderung führten, werden bei der Staatsrechnung pro 1926 zu erörtern sein.

Der Zuwachs bei den Berichtigungen rührt zum grössten Teil her vom Technikumsneubau in Biel (Fr. 485,000) und von den Neubauten für die Anstalt Tessenberg (Fr. 449,900). Neben diesen beiden Hauptposten sind noch folgende Neu- und Nachschätzungen erwähnenswert: Kaserne Bern Fr. 32,900, Tierspital Fr. 11,000, Anstaltsgebäude Loveresse Fr. 32,490.

Im übrigen sind Verschiebungen von steuerpflichtigen Schätzungen ins Steuerfreie vorgenommen worden, wie beispielsweise bei den Wärterwohnungen am Schermenweg (Waldau). Da diese Posten aber sowohl im Zuwachs, wie im Abgang angeführt werden, wird mit dieser Änderung der Gesamtdomänenbestand nicht berührt. Im Abgang befindet sich die alte Uhrmacherschule in Biel mit einer Schätzung von Fr. 60,600, die abgebrochen wurde.

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahre auf Fr. 2,288,402. 94
Im Voranschlag war vorgesehen » 2,256,180. —

Es ergibt sich gegenüber dem Voranschlag ein Mehrertrag von Fr. 32,222. 94

Die Rechnung gibt zu besondern Bemerkungen keinen Anlass. Das bessere Ergebnis rührt her von vermehrten Einnahmen mit Fr. 17,574. 80
Einsparung bei Wirtschaftskosten » 11,882. 48
Minderausgaben bei Beschwerden » 2,765. 66

Fr. 32,222. 94

Bern, den 30. Juni 1927.

Der Finanzdirektor:
Guggisberg.

Vom Regierungsrat genehmigt am 26. Juli 1927.

Begl. Der Staatsschreiber i. V.: **Brechbühler.**